

Ein Mann mit illiberalen Neigungen im Weißen Haus

Trump wird für US-Demokratie eine Herausforderung

Frank Herrmann aus Washington

Es war kurz nach der Wahl im November des Vorjahres, als der Politikwissenschaftler Jeff Colgan mit einem Katalog von Warnsignalen für Aufsehen sorgte. Colgan lehrt an der Brown University, einer der Hochschulen der prestigeträchtigen Ivy League.

In einer Studie listete er zehn Faktoren auf, die nach seinen Worten erkennen lassen, wenn eine Demokratie zu erodieren beginne. „Angesichts der illiberalen Neigungen Donald Trumps müssen wir die (unwahrscheinliche) Möglichkeit ernst nehmen, dass die Demokratie und der Rechtsstaat in den Vereinigten Staaten geschwächt werden können“, schrieb er. Er wolle keine Panik verbreiten, wohl aber ein paar Warnzeichen aufstellen.

Zu ihnen gehören, bei Colgan an erster Stelle, die Einschüchterung der Medien sowie Restriktionen für Journalisten. Zweitens würden Krisen und eine Lähmung des Politikbetriebs angeführt, um Maßnahmen zu rechtfertigen. Drittens Minderheiten attackiert und Fremde zu Sündenböcken erklärt. Viertens der Raum der Zivilgesellschaft beschnitten, etwa durch finanzielle Hürden für Nichtregierungsorganisationen. Fünftens das bestehende politische System rhetorisch abgelehnt. Sechstens Gerichte mit parteiischen Richtern besetzt usw.

Ein bekanntes Muster

Es sei schwer, sich das alles für die USA vorzustellen, aber nach diesem Muster funktioniere es, fasste es der Akademiker aus Providence (Rhode Island) zusammen. So habe es in Russland und Polen, Venezuela und Ungarn funktioniert. Allein schon die Tatsache, dass der Wahlsieg Donald Trumps eine solche Studie hervorgebracht hat, verfasst an einer Eliteuniversität, sagt einiges aus über die Demokratiedebatte in den Vereinigten Staaten.

Dass Trump im Weißen Haus gegen demokratische Normen verstoßen werde, indem er krasse Lügen verbreite und Widersacher nie-

dermache, davon müsse man ausgehen, analysiert der Journalist John Cassidy im *New Yorker*. Womöglich werde der Druck des Amts, verbunden mit der Isolation in der Machtblase, die diktatorischen Tendenzen des Milliardärs noch verstärken.

Was, wenn etwas schief läuft

Besonders dann, wenn etwas schief laufe, was irgendwann unvermeidlich der Fall sein werde während einer Präsidentschaft. Trumps Verhaltensmuster kenne man, meint Cassidy. Die Unbekannte sei, ob das politische System damit fertigwerde, ob es die präzedenzlose Herausforderung einzuhegen und den Mann einzudämmen verstehe.

Welche Reformen die amerikani-

nische Demokratie in Angriff nehmen müsste, liegt auf der Hand. Ein im Jahr 2010 gefälltes Urteil des Obersten Gerichts, in dessen Folge private Spendengelder praktisch unbegrenzt an Kandidatinnen und Kandidaten für Wahlämter fließen können, wenn auch getarnt durch die Bildung „politischer Aktionskomitees“, müsste dringend kassiert werden.

Den. Was allerdings unwahrscheinlich ist, weil die Kräftebalance am Supreme Court mit den Personalentscheidungen des Präsidenten Trump zugunsten der Konservativen kippen dürfte.

Weniger Stimmen, aber vorn

Die zweite Reform, notwendig, aber kurzfristig nicht zu machen, setzt das Bohren überaus dicker Bretter voraus. Dass Hillary Clinton das Duell im Präsidentschaftswahlkampf gegen ihren Kontrahenten verlor, obwohl sie fast drei Millionen Stimmen mehr erhielt, lässt einmal mehr den Ruf nach einer Korrektur des Wahlsystems laut werden. Der Filmemacher Michael Moore nennt es eine „obskure, schwachsinnige Idee aus dem 18. Jahrhundert“; es sollte garantieren, dass kleinere Bundesstaaten ihr Mitspracherecht gegenüber den größeren wahren. Daran wird sich auf absehbare Zeit wohl nichts ändern: Bevölkerungszwänge wie Montana, North Dakota oder Wyoming denken nicht daran, etwas von ihrem politischen Gewicht abzugeben.



Der neue US-Präsident Donald Trump bringt illiberale Neigungen ins Amt mit, die die Demokratie schwächen könnten, aber nicht müssen.

Foto: APA / AFP / Jim Watson

STANDARD: Etwa 60 Jahre sind vergangen seit der großen Unabhängigkeitswelle in Afrika. Der Westen behauptet gerne, man habe die Länder mit demokratischen Strukturen in die Unabhängigkeit entlassen. War das so?

Zimmerer: Wir reden hier über viele Staaten mit sehr unterschiedlichen Kolonialisierungsgeschichten. Ganz generell kann man sagen, dass die Vorbereitung auf die Unabhängigkeit, wenn überhaupt, sehr spät und zögerlich erfolgte. Das Ziel des Kolonialismus war Ausbeutung und nicht Demokratisierung. Es ist eine Legende des europäischen Kolonialismus, dass man von Beginn des 20. Jahrhunderts an die Staaten auf die Unabhängigkeit vorbereitet habe. Im Grunde haben viele Kolonialländer auch nach dem Zweiten Weltkrieg noch gehofft, ihre Gebiete zu behalten. Dass man erst in letzter Minute demokratische Apparate aufgefropft hat, hat sich als große Hypothek erwiesen. Eine aktive Zivilgesellschaft war weder erwünscht, noch wurde sie gefördert. Zwar wechselte man die Macht, aber es fehlten Kontrollmechanismus und Unterbau.

STANDARD: Auf welchen vorhandenen Herrschaftssystemen bauten die Kolonialherrscher auf, als sie die Länder unterwarfen?

Zimmerer: Man hatte meist Monarchien oder Oligarchien. Das waren sehr wohl auch Partizipationsstrukturen. Die kolonialen Autoritäten haben diese Strukturen zer-

schlagen oder neue geschaffen. Was wir heute oft als „Stämme“ bezeichnen, ist ja eine Erfindung der Kolonialmächte. Um die vorgefundene Bevölkerung zu strukturieren, setzte man vielerorts indigene Kollaborateure ein und schuf Strukturen, die in der Gesellschaft gar keine Basis hatten.

STANDARD: Der Kolonialherr war der einen- der gemeinsamen Gegner, der dann wegfiehl?

Zimmerer: Ja! In vielen Staaten wurde die Unabhängigkeit sehr euphorisch aufgenommen. Nationalistische Bewegungen, die sich am europäischen Modell ein Vorbild nahmen, entstanden. Sehr unterschiedliche Gesellschaften wurden über den – zum Beispiel koreanischen oder tansanischen – Nationalismus zusammengehal-

ten. Da, wo die Unabhängigkeit in langen Auseinandersetzungen erkämpft werden musste, wie in Simbabwe oder auch in Südafrika, kamen die politischen Führer aus dem Kampf. Befreiungsbewegungen sind oft autoritär strukturiert.

STANDARD: Eine funktionierende Demokratie fußt aber auch auf Verteilungsgerechtigkeit.

Zimmerer: In der Tat! Demokratie gerät unter schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen in schwieriges Fahrwasser. Das kennen wir auch aus Europa und den USA. Auch die Umverteilung nach dem Patronagesystem ist nichts typisch Afrikanisches, sondern vor allem eine Frage der Sozialstruktur und des Wohlstands.

STANDARD: Sind also auch die nach wie vor ausbeuterischen Interessen der Ex-Kolonialstaaten daran schuld, dass die Menschen in den

Interview: Manuela Honsig-Erlenburg

meisten afrikanischen Staaten in ungerechten Verhältnissen leben? Zimmerer: Natürlich ist nicht alles die Schuld der Europäer. Nach 50, 60 Jahren haben die afrikanischen Eliten das System, das die Kolonialmächte hinterließen, auch zu ihren Gunsten und denen ihrer Klienten missbraucht. Zum Beispiel in Angola, wo der Präsident durch die Ausbeutung des Ölvorkommens einer der reichsten Männer Afrikas wurde. Der Rohstoffreichtum wird oft als größter Fluch Afrikas bezeichnet. Laut *Guardian* fließt aber wesentlich mehr Geld pro Jahr von den Entwicklungsländern in die Industrieländer als umgekehrt. Die Entwicklungshilfe ist also so etwas wie eine europäische Exportsubvention – aktuell mit der Flüchtlingshilfe verknüpft. Man geht hin und fördert, wenn es oberflächlich demokratische Strukturen gibt. Wenn man eine Bekämpfung der Fluchtursachen ernst meint,

müsste man darangehen, die ungleiche Wohlstandsverteilung zwischen dem globalen Süden und dem globalen Norden aufzuheben. Stichwort: globale soziale Gerechtigkeit. Teilen ist da alternativlos.

Auf und Ab einer linken Utopie

Populistischer Scherbenhaufen in Venezuela

Sandra Weiss aus Puebla

Ich bin das Volk“ – diesen Satz, der die Essenz des Populismus destilliert, hörte man oft in Venezuela, meist aus dem Mund des verstorbenen Präsidenten Hugo Chávez. Seine „bolivarische Revolution“ begann 1999 als ehrgeiziges Projekt einer neuen linken Utopie. Getragen von breiter Zustimmung und der Hoffnung auf eine gerechtere Verteilung des Erdölreichtums, befügte vom Höhenflug der Erdölpreise, bald ferngesteuert vom sozialistischen Kuba.

Heerscharen von Sympathisanten pilgerten nach Venezuela, um Sozialprojekte zu begutachten, lobhudele Schriften zu verfassen und dem Anti-US-Imperialismus zu huldigen. Lange sah es so aus, als könnte Venezuela mit seinem demokratischen Sozialismus der Region seinen Stempel aufdrücken. Von Honduras über Brasilien und Ecuador bis nach Argentinien reichte die „progressive“ Allianz.



JÜRGEN ZIMMERER (51) ist Professor für Globalgeschichte an der Uni Hamburg. Er leitet die Forschungsstelle Hamburgs (post-)kolonialen Erbe. Foto: privat

STANDARD: Immer öfter werden Langzeitherrscher abgewählt. Neues demokratisches Bewusstsein?

Zimmerer: Die neuen Medien führen natürlich auch in Afrika zu einer verstärkten Politisierung. Aktuelles Beispiel ist Gambia, wo Langzeitherrscher Jammeh nach verlorenen Wahl nicht Platz machen wollte. Vertreter der Nachbarstaaten versuchten, ihn zu überzeugen. Den „Westen“, der sich als Demokratiehüter feiert, interessierte das lange nicht. Leider geht so etwas oft zugunsten derjenigen aus, die bereits an der Macht sind und die Gewehre haben. In Gambia scheinen aber nun die Nachbarstaaten entschlossen, sich zugunsten des neu gewählten Kandidaten einzumischen.

STANDARD: Sind also auch die nach wie vor ausbeuterischen Interessen der Ex-Kolonialstaaten daran schuld, dass die Menschen in den

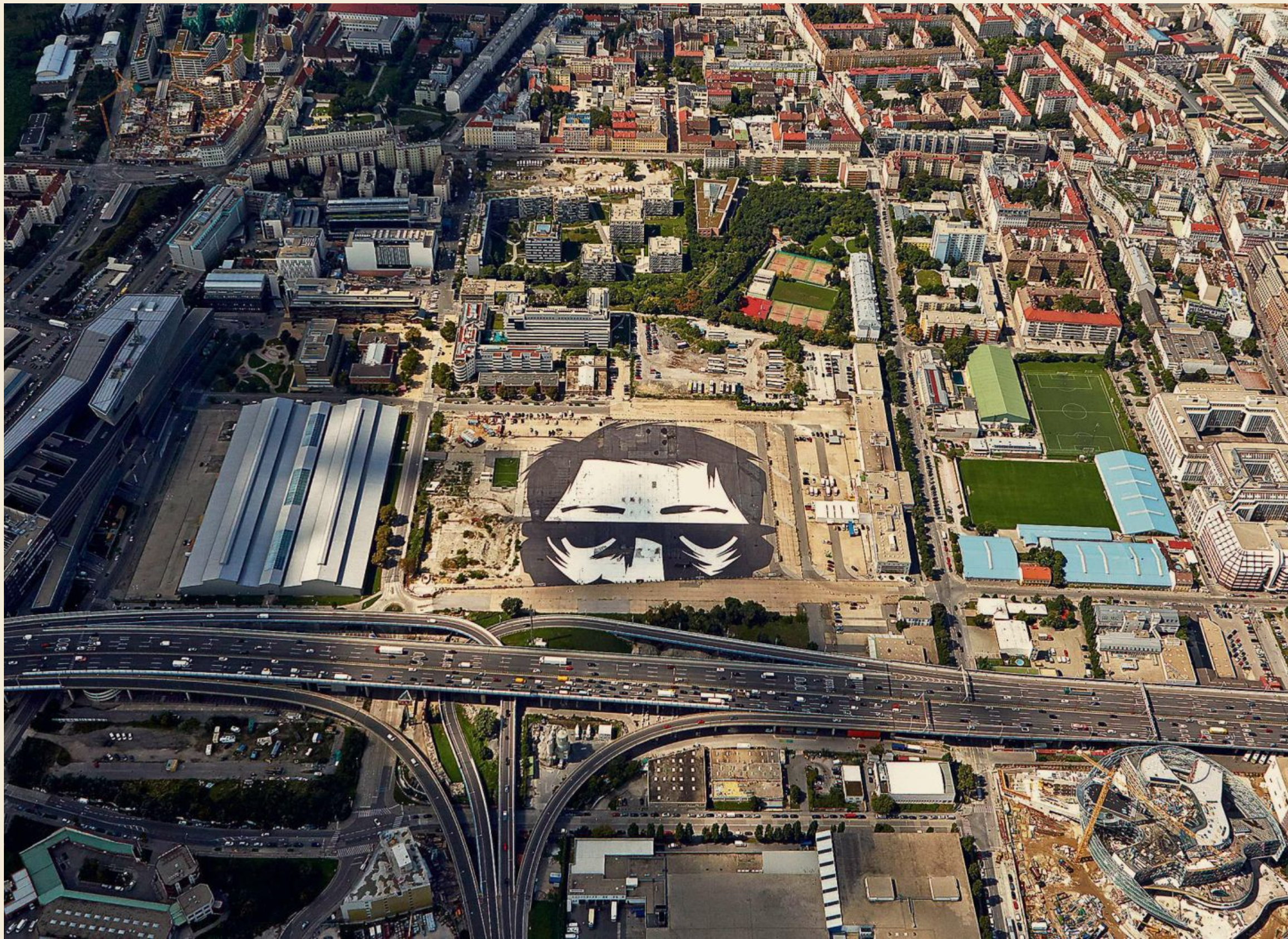


Foto: APA / Dieter Brasch

„Der Beobachter“ heißt das riesenhafte Gemälde des in Wien lebenden Tirolers Golif. Entstanden ist es 2016 – mit Erlaubnis der Stadt – im Entwicklungsgebiet St. Marx auf rund 30.000 Quadratmeter Fläche.

Russlands Demokratie und ihr allmächtiger Lenker

Personenkult um Putin und Zentralisierung der Macht

André Ballin aus Moskau

Mein bester Freund ist Präsident Putin“, rapen Sascha Tschest und Timati, zwei angesagte russische Popstars, auf dem Roten Platz. Vom „weißen Herrscher“ und „coolen Superhelden, bei dem die Mädchen den Verstand verlieren“, ist die Rede. Ironie? Fehlanzeige. Das Lied war vor einem Jahr ein Geburtstagsgeschenk für Vladimir Putin. Daneben bekam der Präsident ein Gemälde seiner selbst in Eishockey-Uniform und einen Kristall-Putin.

Der Personenkult in Russland hat trotz der Beteuerungen Putins, kein Interesse daran zu haben, in den letzten Jahren zugenommen. Seine Porträts hängen in jeder Amtsstube und sind in jedem Schreibwarengeschäft zu haben, im Staatsfernsehen kommt keine Nachrichtensendung ohne ihn aus. Der Personenkult ist nur die sichtbarste Ausprägung der scharfen Zentralisierung der Macht.

Rein äußerlich verfügt Russland dabei über alle Attribute einer Demokratie. Die Verfassung schreibt Pressefreiheit, Gewaltenteilung und freie Wahlen für Parlament und Präsidentenamt vor. Die Realität sieht anders aus: Wurden die Fernsehsender in den 90er-Jahren von den Oligarchen als Lautsprecher für deren Geschäftsinteressen missbraucht, so agitierten sie nun im Auftrag des Kreml. Auch die großen Tageszeitungen wurden von kremlnahen Strukturen übernommen und zuletzt ausländische Verlage weitgehend vom Markt gedrängt. Mit der Androhung des Lizenzentzugs bei zwei Verwarnungen hat die Aufsichtsbehörde Selbstzensur bei den Medien normiert.

Auch bei der Gewaltenteilung hapert es: Unabhängige Rechtsprechung gibt es nicht. So kritisierte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) 2016 das Urteil gegen den Oppositionellen Alexej Nawalny und den Unternehmer Pjotr Oßizorow im „Kirowles“-Betrugsprozess als will-

kürlich. Die vom russischen Gericht als Straftat ausgelegten Handlungen seien von unternehmerischer Tätigkeit nicht zu unterscheiden, so der EGMR.

Das Parlament hat in Russland nur eine untergeordnete Funktion. Die meisten Gesetze werden in der Präsidialverwaltung gemacht und in der Duma nur abgenickt. Zwar sitzen vier Parteien im Parlament, doch mit Parteien westlichen Formats haben sie wenig gemein: Nur die Kommunisten verfügen über ein echtes Programm, freilich kein demokratisches. Die LDPR wird vom Populistenführer Wladimir Schirinowski geleitet, Einiges Russland und Gerechtes Russland sind Kremlprojekte, deren Programm sich auf die Unterstützung Putins reduziert.

Den Rückhalt der Bevölkerung hat er sicher: Einerseits verbinden die Russen mit ihm den Aufschwung nach der sozialen Katastrophe in den 90er-Jahren. Andererseits sammelt er populistisch gekont und medial aufbereitet mit der Stigmatisierung sexueller Minderheiten und Andersdenkender Pluspunkte bei der konservativen Mehrheit. „Souveräne Demokratie“ nannte Wladislaw Surkow, einer der Architekten des Regimes, das russische System.



Der russische Präsident Vladimir Putin herrscht in seinem Land mit starker Hand.

Foto: APA / AFP / Natalia Kolesnikova

Doch das Projekt hat seinen 2013 verstorbenen Initiator nur mit Ach und Krach überlebt. 18 Jahre später steht es vor einem Scherbenhaufen: 500 Prozent Inflation, eine um zehn Prozent schrumpfende Wirtschaft, die Währung im freien Fall, galoppierende Kriminalität, knappe Nahrungsmittel und Medikamente und ein unpopulärer Präsident, der sich nur dank des Militärs und der Suspendierung von Wahlen an der Macht halten kann.

Was lief schief? Der Absturz der Erdölpreise, Sabotage, Subversion der bürgerlichen Opposition, sagen jene, die noch an die Revolution glauben. Die meisten – besonders die vormaligen intellektuellen Stützen der Revolution – nennen andere Gründe: Chávez' an Größenwahn grenzende Egozentrik, seine Beratungsresistenz, sein Freund-Feind-Schema, seine ökonomische Verbohrtheit, vor allem aber seine korrupte Entourage, deren Bereicherung er im Gegenzug für absolute Loyalität duldet und die heute an der Macht ist.